



Protokoll des RuTi-Plenums vom 25.09.2023, neues Rathaus, 16:30-18:00 Uhr

anwesend:

1. Bettina Doering, LHH 65.1
2. Daniel Kalifa, Antidiskriminierungsstelle Stadt Hannover
3. Sara Hooke, kargah e.V.
4. Mecbure Oba, IIK
5. Dieter Räger, DGB Bezirk Hannover
6. Sigmar Walbrecht, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
7. Ulrich Paul Rhein, DRK
8. Carola Opitz, JKV
9. Markus Breuckmann, Kath. Kirche Hannover
10. Anja Sufin, LHH, 18.63.11 SBM
11. Frank Steinlein, UFU

Entschuldigt: Peyman Javaher-Haghighi, Ingrid Lange, Lipi Ahmed, Dr. Claudia Cerbe
Protokoll: Mecbure Oba

1. Begrüßung

Sigmar Walbrecht begrüßt alle Anwesenden, die sich anschließend kurz vorstellen.

2. Das Protokoll vom 19.06.2023

Das Protokoll wird genehmigt und erneut auf Wunsch an die Mitglieder übermittelt.

3. Bericht zum Austausch/Veranstaltung zu Landes-Antidiskriminierungsgesetz

Ein Entwurf der Grünen zu einem Landesantidiskriminierungsgesetz liegt noch nicht vor. Leider war keine/r der Anwesenden auf der Veranstaltung am 01.09.23. Sigmar Walbrecht fragt die Grünen nach dem Stand. Hintergrund sind die Landtagswahlen, danach sind 2 Austausche entstanden zu einem möglichen Landesgesetz.

Dieter Räger berichtet vom Online-Austauschtreffen am 13.07.23, an dem 7 Antidiskriminierungsstellen aus Niedersachsen vertreten und zwei Referent*innen aus Berlin

geladen waren: Frank Schmidt - Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung, Berlin - berichtete vom Entstehungsprozess bis hin zum fertigen AD-Gesetz in Berlin, Inkrafttreten im Juni 2020 nach 9 Jahren Bearbeitung. Berlin ist das einzige Bundesland mit einem eigenen AD-Gesetz. Warum war dies nötig? Um Lücken zu schließen. Das AGG gilt nicht für Landesbehörden, sondern Zivilrechtsverkehr und Beschäftigung.

2. Referentin: Maimouna Ouattara, moveGLOBAL e.V., Berlin. MoveGLOBAL e.V. ist ein Dachverband von Migrant*innenselbstorganisationen in Berlin, der 2013 gegründet wurde und 31 Mitglieder hat, darunter zwei Antidiskriminierungsstellen.

Ziele: diskriminierende Praxis durch staatliches Handeln sichtbar machen, gegen Diskriminierung wehren. Die Referentin berichtete aus der Praxis, u.a. von angezeigten Diskriminierungsfällen. In der Ombudsstelle sind von Juni 2020-2021: 315 Beschwerden eingegangen, davon 50 gegen die Polizei.

4. Neue Unterbringungssatzung, Bericht aus der AG Unterbringung

UFU hat in die AG Unterbringung die Diskussion um die Unterbringungssatzung eingebracht. Es gibt eine gemeinsame Kommentierung der Unterbringungssatzung durch UFU und Flüchtlingsrat und eine Synopse, die Frank Steinlein vom UFU erstellt hat, diese wurde per E-Mail über den Verteiler geschickt.

Wesentliche Kritikpunkte an der Unterbringungssatzung sind:

- Starker Fokus auf Sanktionen
- Fehlende Schutzkonzepte. Die Verwaltung sagt, diese seien in der Zuständigkeit der Betreiber
- Hausordnungen sollten auch muttersprachlich vorhanden sein
- Die Stadt ist nicht vorbereitet auf Geflüchtete mit Handicap. Keine eigenen Unterkünfte vorhanden. Pflegekräfte kommen in die Unterkünfte. Es gibt barrierefreie Zimmer, jedoch nicht ausreichend.
- Widerruf der Zuweisung: Formulierungen und Gründe, die einen Entzug der Unterkunft legitimieren, sind zu offen, nicht konkret genug gehalten. In jedem Fall muss bei Verlust oder Hausverbot, ein Alternativraum zur Verfügung gestellt werden.
- Tierhaltung ist möglich, doch die Gestaltungsmöglichkeiten der Unterkünfte sind sehr knapp bemessen.
- Brandschutz: Zuständigkeit Betreiber und Stadt.

- Besuchszimmer kaum vorhanden in den Unterkünften, maximal sind 3 Tage Besuch erlaubt, zu wenig, vor allem wenn Besucher*innen von weit anreisen. Außerdem gibt es dort Probleme, wo Zimmer geteilt werden.
- Mit der Security hat es auch schon oft Probleme gegeben.
- Betretung von Zimmern nur nach Terminvereinbarung, im Einklang mit dem GG: Unverletzlichkeit der Wohnung
- Gebühren für Unterkünfte: Schulden entstehen, wenn Geflüchtete Jobs verlieren und das Sozialamt nicht schnell genug reagiert.

Hinweis aus dem Plenum: Es gibt in der Synopse eine Spalte „Handlungsbedarf“, die leer ist.

Vorschlag: AG Unterbringung schaut sich die Synopse an. Weitere Infos gibt es per E-Mail.

Die Verwaltung hat auf die Kritik reagiert, geht in die politische Beratung, wird Thema sein im Rat der Stadt im November.

Problem mit dem RuTi-Verteiler: Fraktionen sind nicht mehr vertreten. Anscheinend benutzen wir aktuell einen anderen Verteiler als ursprünglich der Fall war. Einladungen zu Meetings erreichen nicht alle Interessierten. Frau Doering schickt uns den alten Verteiler. Sigmar Walbrecht und Mecbure Oba prüfen den Verteiler. Vertreter*innen politischer Parteien – außer AFD – sind offiziell Mitglieder und müssten demnach eingeladen werden. Mecbure Oba will diese ausfindig machen. Hinzufügen z.B. Hülya Iri (SPD) und andere.

5. Stand Schiffspatenschaft und Mitgliedschaft in "Bündnis sicherer Hafen"

Sigmar Walbrecht berichtet: Es gab einen Antrag der Piratenpartei, der abgelehnt wurde von den Regierungsfractionen, mit der Begründung, dass Finanzierung einer Schiffspatenschaft gegen kommunales Recht verstoße. Der LK Lüneburg hatte zu dem Punkt die Landesregierung um Stellungnahme gebeten, die diesbezüglich kein Verstoß gegen kommunales Recht sieht.. Frau Doering weist auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune und das Gegenargument hin: In Hannover ist die Haushaltslage so angespannt, dass eine Finanzierung zur Vernachlässigung von Aufgaben führe, zu der die Stadt verpflichtet ist. Eine ideelle Schiffspartnerschaft ist definitiv möglich, Hinweis auf Seebrücke. Grundsätzlich sind Sympathien dafür in SPD, CDU und Grünen vorhanden.

6. Berichte aus den AGs

Keine weiteren Berichte.

7. Berichte aus den Fraktionen

Fraktionen sind nicht vertreten.

8. Verschiedenes:

a) ~~Schulungsreihe zu Handwerk von der HWK PSG (siehe Flyer/Webseite HWK PSG)~~

b) Wahlen zum Lenkungskreis auf Plenarsitzung am 11.12.2022

c) "Beteiligung an der Bunten Woche für Demokratie

Herr Breuckmann: Bunte Woche für Demokratie vom 14.-18.11.23 im aufhof, Di-Sa 10-18 Uhr. Die Schirmherrschaft hat der Oberbürgermeister übernommen. Alle Bündnispartner sind eingeladen, mitzumachen, intensiv an Themen zu arbeiten, Gespräche zu führen.

Weitere Beiträge sind willkommen. Es gibt eine neue Homepage: **www.bunt-statt-braun-hannover.de**

Auf der Startseite ist das Selbstverständnis zu finden.

d) Einladung zur AG „Empowerment von Geflüchteten in Unterkünften“

Frau Doering stellt die neue AG vor, die vor allem die Teilhabe von Geflüchteten zum Ziel hat.

Die Info soll möglichst breit gestreut werden. weitere Infos: s. S. 57 in WIR 2.0.

Expertise der AG Unterbringung ist dabei wichtig. Im Oktober wird voraussichtlich die 1. Sitzung stattfinden.

nächstes Plenum des Runden Tisches:

Mo., 11.12.2023, 16.00 Uhr

Ort: Neues Rathaus, Gobelinsaal